

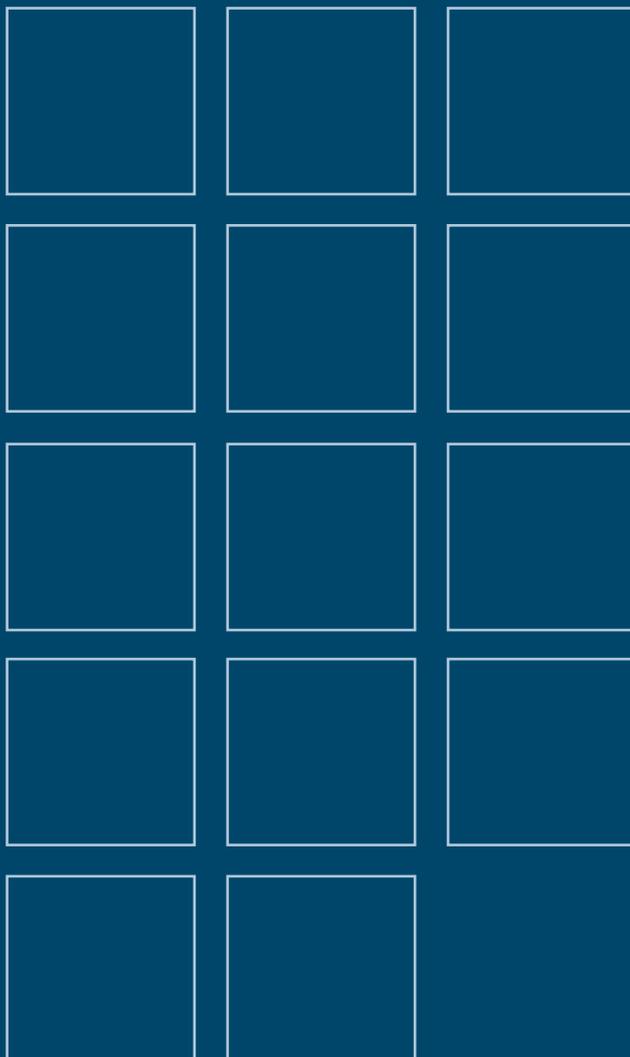


Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 26/2

# Gender Mainstreaming im Städtebau

Ein ExWoSt-Forschungsfeld



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und wird betreut vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

# Gender Mainstreaming – Der andere Blick

Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser,

Der andere Blick – unter diesem Motto fand Ende des letzten Jahres eine Tagung der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) statt. Das Thema: Gender Mainstreaming in der Planung.

Der andere Blick – dies ist auch eine andere Betrachtung unserer bebauten Umwelt und erinnert daran, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Wenn wir forschen, planen, verwalten – es gibt unterschiedliche Wirkungen auf die Geschlechter.

Dies bei der räumlichen Planung zu berücksichtigen, ist eine der Aufgaben im laufenden Vorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus „Gender Mainstreaming im Städtebau“: Wie können die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern im Städtebau besser berücksichtigt werden?

Bei den Modellvorhaben in diesem Forschungsfeld geht es um die Erarbeitung von übertragbaren Verfahrensschritten zur systematischen Steuerung von Stadtentwicklung, -planung und Städtebau unter Gender-Aspekten.

Nach dem Motto „Versuch macht klug“ werden Lösungswege für bestimmte städtebaulichen Problemstellungen in der Praxis erprobt. Dabei wird experimentelle Forschung unmittelbar mit ihrer praktischen Anwendung verknüpft.

Gesucht wird sowohl nach Guten Beispielen, nach Vorbildern für andere Städte als auch nach praktischen Erfahrungen, die in die Städtebaupolitik des Bundes einfließen können.

Die Guten Beispiele sollen aber auch dokumentieren, das durch die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming (GM) ein Mehrwert erzielt werden kann. Denn GM im Städtebau ist nicht nur ein politisches Ziel, das aus Gründen der Fairness und Gerechtigkeit berücksichtigt werden sollte.

Es kann auch für die Beteiligten einen direkten Nutzen abwerfen. Der Deutsche Städtetag titelte: „Mit geschlechter-gerechtem Verwaltungshandeln können Städte Geld sparen“. Würden die Verwaltungen – etwa bei der Planung von Sportanlagen – die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigen, bräuchte man im nachhinein keine teuren Korrekturen. GM ist immer auch Prävention.

Von daher ist es auch folgerichtig, dass bei der Vergabe von Städtebauförderungsmitteln die Geschlechtergerechtigkeit ihren Platz findet. In der Präambel der Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104a Absatz 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen heißt es u. a. in Punkt VIII:

„Bund und Länder erklären übereinstimmend, dass sie dem Ziel der Verwirklichung der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet sind. Alle

Maßnahmen der Städtebauförderung sollen so optimiert werden, dass sie sowohl unterschiedliche Ausgangsbedingungen von Frauen und Männern als auch unterschiedliche Auswirkungen von Maßnahmen der Städtebauförderung auf beide Geschlechter in der Art berücksichtigen, dass Ungleichbehandlungen aufgedeckt und abgebaut werden.“

Dies wird den Bemühungen um der Berücksichtigung von GM in der Stadtentwicklung einen Schub geben. Aber es bedarf weiterer permanenter Anstrengungen, um Genderhoffähig zu machen.

Die Modellvorhaben, die jetzt die erste Strecke hinter sich gebracht haben, ebnen einen kleinen Abschnitt auf dem dornigen Weg in eine gendergerechte Zukunft.

Ihre  
Brigitte Adam  
und  
Ihr  
Eckhard Bergmann



- 4** *Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ – Stand der Dinge*
- 14** *Laura Mattiucci:  
Die europaweite Umsetzung von GM im Rahmen von URBAN II*
- 16** *Gudrun Scheithauer:  
Zum Stand der Implementierung von Gender Mainstreaming in die Arbeit der Bundesregierung*
- 19** *Barbara Zibell:  
Neues ExWoSt-Vorhaben GM und Wohnungsbau*
- 21** *Literaturhinweise und Links*
- 24** *Impressum*

## Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“



**Uta Bauer, Stephanie Bock,  
Ulrike Meyer, Heike Wohltmann**

Auf ein Jahr Projektarbeit kann jetzt im ExWoSt-Vorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ zurückgeblickt werden, ein Jahr voller Aktivitäten, erster Ergebnisse und erfolgreicher Weichenstellungen für eine Umsetzung von GM in kommunale Themenfelder des Städtebaus. Nicht weiter verwunderlich ist, dass mit der Halbzeit mehr offene Fragen denn übertragbare Antworten vorliegen und die Vielfalt der experimentellen Zugänge die Zahl strukturierter Organisationsvorschläge noch übersteigt. Deutlich erkennbar werden in den Modellstädten Dessau und Pulheim sowie in der Referenzstadt Bremen die mit der Implementation von GM verbundenen Chancen einer Qualitätssteigerung planerischer Prozesse und Ergebnisse sowie der damit mögliche verbesserte Einbezug vielfältiger Zielgruppen.

Die erste Projektphase, in deren Mittelpunkt der anfängliche Aufbau geeigneter Organisationsstrukturen in den beteiligten Städten sowie die Festlegung in der Projektlaufzeit bewältigbarer Pilotvorhaben standen, schloss mit dem ersten Meilenstein, den Auftaktveranstaltungen in Dessau und Pulheim ab. Hier wurden im Sommer 2004 die Ziel- und Qualitätsvereinbarungen unterzeichnet.

In der anschließenden Phase wurde in den Modellstädten sowie in der Referenzstadt die intensive Arbeit eingeläutet, die sich nach anfänglicher Konzentration auf die Pilotvorhaben zunehmend in Richtung einer dauerhaften Implementation von

GM in die Arbeit der Stadtplanungsämter verschiebt. Die exemplarische Implementation stellt sich dabei als ergebnisoffener „lernender Prozess“ dar. Zum einen geht es um eine Qualitätsverbesserung von Planungsprozessen (GM als Querschnittsziel), zum anderen werden die Möglichkeiten ausgelotet, wie im Themenfeld Städtebau ein Beitrag zur Schaffung einer Chancengleichheit von Frauen und Männern hergestellt werden kann. Es kristallisieren sich drei thematische Schwerpunkte heraus, die im Rahmen des ExWoSt-Vorhabens weiterverfolgt werden: Stadtumbau, Suburbanisierung und Partizipation. Gleichzeitig intensivieren sich vor dem Hintergrund wachsender Erfahrungen mit den Chancen, aber auch Hemmnissen einer Umsetzung von GM erste Ansätze und daraus abgeleitete Strukturen zur Organisation der begleitenden Prozesse.

Parallel zu der Arbeit vor Ort konnte das Forschungsteam die ersten beiden Bausteine des Forschungsvorhabens abschließen. Die Ergebnisse der „Sammlung Guter Beispiele“, die bis zum Projektende fortgesetzt wird, sowie die Analyse des Programms URBAN II fließen in die Auswertung der Modellvorhaben in Dessau, Pulheim und Bremen ein.

Im zweiten Jahr der Projektarbeit wird der Schwerpunkt neben dem Abschluss der Pilotvorhaben und deren Auswertung auf dem Aufbau dauerhafter Implementationsstrukturen in den beteiligten Kommunen liegen. Darüber hinaus gilt es, die inhaltlichen Schlussfolgerungen einer Berücksichtigung von GM in ausgewählten aktuellen Handlungsfeldern des Städtebaus (Stadtumbau, Subur-

banisierung, Partizipation) herauszuarbeiten.

### **Gelungener Auftakt in Pulheim und Dessau**

Am 2. Juli 2004 gaben der Bürgermeister Pulheims, Dr. Morisse und der aus Berlin angereiste Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) Braune den offiziellen Startschuss für das Pulheimer Modellvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“. Der Einladung zum offiziellen Projektauftritt waren neben den Auftraggebern VertreterInnen des Landes Nordrhein-Westfalen, zahlreiche MitarbeiterInnen der Stadt Pulheim, aber auch der umliegenden Kommunen sowie Mitglieder des wissenschaftlichen Projektbeirates und eine interessierte Öffentlichkeit gefolgt. Nach den Wünschen für einen guten Projektverlauf erläuterten der zuständige Beigeordnete Herr Senk und Vertreterinnen der Pulheimer Verwaltung (Frau Dr. Cassens-Sasse, Frau Liebau, Frau Venzke) das Modellvorhaben „Stadtgarten“. Dr. Gatzweiler, Abteilungsleiter im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) skizzierte anschließend die bisherigen Erfahrungen des Bundes bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden als Zeichen des symbolischen Projektauftrittes die Ziel- und Qualitätsvereinbarungen gemeinsam von der Stadt Pulheim und dem BBR unterzeichnet. Diese Vereinbarungen stellen die Verbindlichkeiten des gemeinsamen Arbeitsprozesses, die Arbeitsteilung und das Arbeitsprogramm sicher und

### Zum Einlesen:

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung:  
Städtebau und Gender Mainstreaming,  
Werkstatt: Praxis Nr. 4/2003, Bonn 2003

sind Kernstück des Modellvorhabens. Angeboten wurde ein gemeinsamer Rundgang durch das Modellgebiet, den zentral gelegenen Stadtgarten. Hier konnten die TeilnehmerInnen sogleich in das Stadtgartenfest „eintauchen“, das den Auftakt des Beteiligungsprozesses bildete.



Zwei Wochen später, am 16. Juli 2004, erfolgte in Dessau der offizielle Auftakt des ExWoSt-Vorhabens. Oberbürgermeister Otto konnte zahlreiche Interessierte aus Politik, Verwaltung und anderen Organisationen der Stadt Dessau sowie VertreterInnen benachbarter Kommunen im Rathaus begrüßen. In seinen einführenden Worten „Gender Mainstreaming im Städtebau – ein Anliegen der Bundesregierung“ verwies Staatssekretär Braune auf den Stellenwert des Modellvorhabens und die daran geknüpften Erwartungen von Seiten des Bundes und hob sein besonderes Interesse an der Entwicklung des Projekts in Dessau hervor. Anschließend wurden die beiden Pilotprojekte „Strategisches Stadtumbaukonzept Heidestrasse-Nord (SSK)“ und die Bebauungsplanung „Flössergasse“ vom Baudezernenten der Stadt Dessau, Herrn Gröger, mit Bezug auf die

Gesamtentwicklung und die Perspektiven der Stadt Dessau vorgestellt und von Frau Lischke, Abteilungsleiterin im Stadtplanungsamt, konkretisiert. Prof. Dr. Strubelt, Vizepräsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), ordnete in seinem Vortrag das Modellvorhaben in die bisherigen Erfahrungen mit Gender Mainstreaming im Städtebau ein. Abschließend erfolgte auch in Dessau als symbolischer Projektauftritt die offizielle Unterzeichnung der Ziel- und Qualitätsvereinbarungen.

#### Informations- und Wissensvermittlung sowie Vernetzungs- und Kommunikationsprozesse

Wesentlicher Bestandteil der Implementation von GM in kommunales Verwaltungshandeln ist die Vermittlung von Gender-Kompetenz als Handlungskompetenz in systemati-



schon Informations- und Fortbildungsveranstaltungen. Sie sollen die Verantwortlichen in die Lage versetzen, Geschlechterdifferenzen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu erkennen und in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Die dabei vermittelten Informationen werden ergänzt durch die Vermittlung einer fachbezogenen Gender-Kompetenz zu den Inhalten und Methoden der Fachaufgabe. Diese Informations- und Fortbildungsveranstaltungen werden einerseits als projektinterne Workshops in den Modellstädten durchgeführt, die allen Projektbeteiligten vor Ort offenstehen. Zudem werden in der Projektlaufzeit größere Workshops zur Vertiefung einzelner Fragestellungen durchgeführt, an denen VertreterInnen der Modellstädte sowie der Referenzstadt teilnehmen. Insgesamt sind drei dieser projektübergreifenden Workshops vorgesehen. Sie dienen vorrangig dem Erfahrungsaustausch und der Informationsvermittlung, aber auch der Vernetzung der beteiligten AkteurInnen, der kritischen Diskussion der jeweiligen Implementationsprozesse sowie der Selbstreflexion der Beteiligten.

#### Gemeinsamer Workshop der Modellstädte

Am ersten gemeinsamen Workshop im Rahmen des ExWoSt-Modellvorhabens „Gender Mainstreaming im Städtebau“, der am 24. und 25. Juni 2004 in Pulheim stattfand, nahmen insgesamt fünfzehn VertreterInnen aus den beiden Modellstädten Dessau und Pulheim und der Referenzstadt Bremen sowie ein Vertreter des



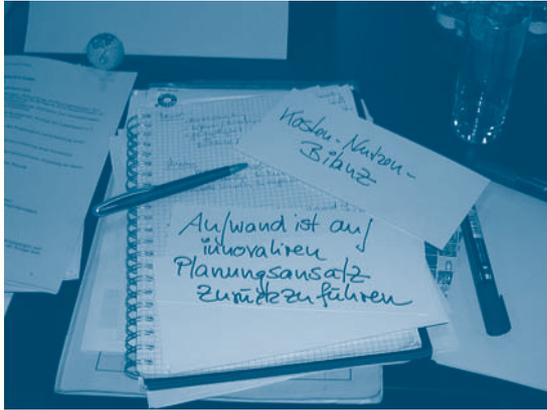
Workshop in Pulheim

BBR und drei Mitglieder des Projektbeirates teil.

Begonnen wurde mit einer kurzen Präsentation der bisher vorliegenden Arbeitsergebnisse der Projektbausteine „Gute Beispiele im Städtebau“ und „URBAN II – Vergleichende Wirkungsanalyse“. Anschließend stellen die beteiligten Städte Konzept, Vorgehensweise und den Stand der jeweiligen Pilotvorhaben vor (vgl. Tabellen). Diskutiert wurden die Ursachen für die deutliche Dominanz der Grünflächenplanungen in den gewählten Pilotvorhaben, die auf mehrere Gründe zurückgeführt wurde. So werden in der Freiflächenplanung und -gestaltung im Vergleich mit anderen Planungen größere kommunale Gestaltungsspielräume gesehen, da sich ein relativ hoher Anteil dieser Flächen im kommunalen Eigentum befindet. Gleichzeitig erfordert die Planung von Grünflächen einen Einbezug unterschiedlicher Ziel- und NutzerInnengruppen und bietet durch diese differenzierte Zielgruppenperspektive ein geeignetes „Feld“ für die Implementation von GM. Zum Abschluss des ersten Tages erfolgte eine Besichtigung des Stadtgartens, die zu intensiven Diskussionen vor Ort über die Ziele der Planung anregte, die bei einem gemeinsamen Abendessen vertieft wurden.

Den zweiten Schwerpunkt bildete das Thema „Kommunikationsblockade Gender Mainstreaming: Wege einer gelungenen Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen“. Ausgangspunkt der Diskussionen war die Feststellung, dass sich die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema GM sowohl innerhalb von Verwaltung

Pulheim: Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung (Modellstadt)	
Ratsbeschluss zum Pilotvorhaben (Mai 2004) Festlegung der Ziele und Aufgaben in einer Qualitätsvereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Bund (BBR) (Juli 2004)	
Pilotvorhaben und Themen	
1. Neugestaltung des Pulheimer Stadtgartens Freiflächenplanung: Aufwertung einer innerstädtischen Freifläche	2. Bebauungsplan (Noch auszuwählen) Bebauungsplanverfahren: Suburbanisierung, Ausweisung von Einfamilienhausgebieten
Vermittlung von Gender Mainstreaming im StädtebauMaßnahmen, Methoden und Instrumente	
Interner Workshop „Partizipation und GM am Beispiel der Stadtgartenplanung“ (03/04)	Erprobung der Arbeitshilfe „GM in der Bauleitplanung Anwendung und Weiterentwicklung des Ziel- und Kriterienkataloges „GM im Städtebau“
Interner Workshop „Wie sieht ein gegenderter Stadtgarten aus?“ (11/04)	Interner Workshop „Implementierung von GM in der Bauleitplanung“ Interner Workshop „Suburbanisierung und GM sowie festsetzungsrelevante Möglichkeiten“ (geplant)
Verankerung von GM in der Aufgabenbeschreibung für externe AuftragnehmerInnen	
Büro Tochtrop, Bad Hoeneph	noch unbekannt
Partizipation	
Stadtgartenfest (Vorstellung der Planungsideen und -ziele, Befragung der Anwesenden) (07/04) Schriftliche Befragung von Kindern und Erwachsenen während des Stadtgartenfestes Beteiligungsworkshop (geplant)	Entwicklung von genderbezogenen Fragestellungen für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
Erwartete Ergebnisse	
Genderorientiertes Beteiligungsverfahren in der Freiraumplanung Ergebnisse zu „Gender und Freiraum“	Arbeitshilfe „GM in der Bauleitplanung“ Ergebnisse zu „Gender und Suburbanisierung“



Dessau Planungswerkstatt

und Politik als auch nach außen in die Bürgerschaft mit ihren unterschiedlichen Akteursgruppen noch immer sehr schwierig gestaltet. Die mit dieser neuen Gleichstellungsstrategie verbundene Qualitätssteigerung kommunaler Aktivitäten ist bisher nur schwer zu vermitteln, so die ersten Erfahrungen der beteiligten Städte. Um die Effekte und erwarteten Ergebnisse einer Umsetzung von GM in der Öffentlichkeit besser zu verankern, sind Kommunikationsansätze auf mehreren Ebenen erforderlich. Diskutiert wurden zunächst Möglichkeiten, die erforderlichen Informationen leichter zugänglich und verständlich aufzubereiten und sich zu dem kontinuierlich über das Thema GM, über konkrete Erfahrungen und Projekte auf allen Ebenen auszutauschen. Hilfreich könnte dafür die Checkliste „GM und Öffentlichkeitsarbeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sein (vgl. [www.gendermainstreaming.net](http://www.gendermainstreaming.net)). Konkret erfahrbar wurde die schwierige Vermittlung von GM innerhalb der Verwaltung in einem Rollenspiel zum Thema „Wie lässt sich die Bedeutung von GM innerhalb der kommunalen Politik und Verwaltung vermitteln“, an dem sechs WorkshopteilnehmerInnen teilnahmen. Die realitätsnahen Diskussionen verdeutlichten allen Teilnehmenden den Stellenwert extern durchgeführter Schulungen und Informationsvermittlungen, die Verwendung breit akzeptierter Checklisten, die gemeinsame Verabschiedung von Zielvereinbarungen, den Einbezug von BündnispartnerInnen sowie eine Vermittlung von GM durch konkrete Projekte und Maßnahmen.

In einem dritten thematischen Block wurde in das Thema „Kriterien – Indikatoren – Checklisten: Einsatzbereiche unterschiedlicher Steuerungsinstrumente am Beispiel der Bauleitplanung“ eingeführt. In der daran anschließenden Diskussion wurde hervorgehoben, wie hilfreich diese Konkretisierungen für eine weiterführende Implementation von GM sind. Noch unklar sei aber, wann sich quantifizierte Daten und wann qualitative Aussagen als sinnvoll erwiesen. Zudem müsse zu Beginn jeden Verfahrens die Zielsetzung vor dem Hintergrund ihrer Genderrelevanz geprüft werden. Unterschiedlich beurteilt wurden auch die Bedeutung und die Ausführlichkeit von Kriterienlisten. Sie wurden jedoch übereinstimmend als ein brauchbares Instrument der Öffentlichkeitsarbeit eingeschätzt, da anhand ihrer die thematischen Schwerpunkte einer Implementation von GM vermittelt werden können. Für die konkrete Arbeit der planenden Verwaltung sollten dagegen andere Formen der Umsetzung gefunden werden (z.B. Indikatorenkataloge), auf die bereits in der Phase der Zielfindung zurückgegriffen werden könne.

Mit dem ersten gemeinsamen Workshop erhielt „das Projekt“ durch die persönliche Begegnung von VertreterInnen der Modellstädte, der Auftraggeber und des Beirats nicht nur „ein Gesicht“. Deutlich wurde auch, dass ein gemeinsamer Erfahrungsaustausch aller Beteiligten nicht nur Spaß macht, sondern neue Ideen und Denkanstöße mitgenommen werden konnten. Die dabei offen gebliebenen Fragen sollen bei den folgenden Workshops vertieft werden.

### Planungswerkstatt

Neben den Workshops mit den beteiligten Kommunen sieht das Forschungskonzept die Durchführung einer Planungswerkstatt vor, an der Beteiligte aus beiden Modellstädten, der Referenzstadt und der projektbegleitende Beirat teilnehmen, um einen breiteren Austausch über Erfahrungen mit der Implementation von GM im Städtebau zu eröffnen.

Die Planungswerkstatt, die am 2. und 3. Dezember 2004 in Dessau durchgeführt wurde, stieß auf großes Interesse, deutlich ablesbar an den über 30 Teilnehmenden. Auch hier begannen die gemeinsame Diskussion mit der Vorstellung des jeweiligen Standes der Pilotvorhaben und den daraus abgeleiteten ersten Schlussfolgerungen zu den Chancen, aber auch Schwierigkeiten einer Implementation von GM im Städtebau:

- Worin liegen vor dem Hintergrund Ihrer bisherigen Erfahrungen mit dem Modellvorhaben die Stärken von GM, worin die Schwächen des Ansatzes?
- Sind Sie Ihren zu Beginn des Modellvorhabens formulierten Zielen näher gekommen? Wenn ja, welchen, bzw. wenn nein, warum nicht?
- Wie ist das Projekt in das sonstige Verwaltungshandeln eingebunden? Gibt es erste Ausstrahleffekte auf andere Bereiche des kommunalen (Planungs-)Handelns?
- Wie würden Sie das Verhältnis der Politik zu dem Pilotvorhaben beschreiben?

Der erste Diskussionsblock widmete sich den Prozessen und Organisa-



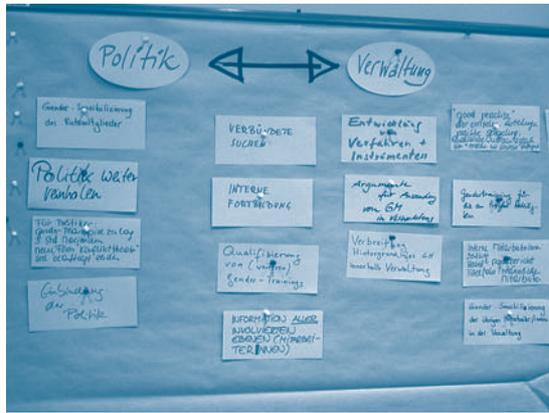
tionsstrukturen, die zur Umsetzung von GM notwendig erscheinen. Dank des pointierten und kenntnisreichen Inputs von Frau Marianne Weg (Mitglied des projektbegleitenden Beirats) konzentrierte sich die Diskussion auf die Besonderheiten des Städtebaus, dessen verwaltungsinterne Arbeitsweisen nicht immer mit den Erwartungen an ein systematisches Vorgehen, wie es die Strategie des GM vorsieht, in Einklang gebracht werden können. Deutlich erkennbar wurden die Konsequenzen, die eine ernsthafte Umsetzung von GM nach sich ziehen wird und die sich neben einem inhaltlichen Qualitätsgewinn vor allem auch aus dem systematischen Abarbeiten von Zielen und deren Kontrolle ableiten. Die beteiligten Städte sehen hier zum jetzigen Zeitpunkt Handlungsbedarf, da eine Anpassung der Methoden und Instrumente des GM an die besonderen Rahmenbedingungen des Städtebaus noch aussteht.

Zum zweiten Schwerpunkt der Planungswerkstatt wurde mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit von Zielformulierungen zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit GM im Städtebau überleitet. In seinem Input hob Herr Dr. Thomas Hauff (Mitglied des projektbegleitenden Beirats) die besonderen Zusammenhänge zwischen den Erfahrungen mit der Umsetzung von Nachhaltigkeit mit denen der Umsetzung einer Gender-Perspektive hervor und verwies auf die Chancen, diese Erfahrungen zu nutzen. Verbunden mit der Diskussion von Zielformulierungen, deren Notwendigkeiten und Grenzen, konnte der Bogen zu dem in einem ersten Entwurf vorliegenden

Dessau: Gender Mainstreaming im Stadtumbauprozess (Modellstadt)	
Festlegung der Ziele und Aufgaben in einer Qualitätsvereinbarung zwischen Stadtverwaltung und Bund (BBR) (Juli 2004)	
Pilotvorhaben und Themen	
1. Formelles Planungsverfahren „B-Plan Flössergasse“	2. Informelles Planungsverfahren Rahmenplanung „Strategisches Stadt umbaukonzept Heidestraße Nord“ (SSK Heidestraße Nord)
Stadtumbau: Aufwertung innerstädtischer Wohngebiete	Stadtumbau: Rückbau und Gestaltung der frei gewordenen Flächen
Vermittlung von Gender Mainstreaming im Städtebau Maßnahmen, Methoden und Instrumente	
Bestandsanalyse (statistische Datenauswertung, Haushaltsbefragung) „Flössergasse“ und „SSK Heidestraße Nord“	
Erprobung des Kriterienkatalogs „GM in der Bauleitplanung“	Erarbeitung thematischer Schwerpunkte im Workshop „GM im Städtebau“
Verankerung von GM in der Aufgabenbeschreibung für externe AuftragnehmerInnen (Juli 2004)	
Büro für Stadtplanung Dr. Schwerdt (B.Krmela)	Stiftung Bauhaus / Bauhaus Dessau
Partizipation	
Modellhafte BürgerInnenbeteiligung (Gründung eines Arbeitskreises zur B-Planung)	Formulierung von GM-bezogenen Arbeitsaufträgen an die Arbeitsgruppen des SSK Heidestraße
Auswertung des Partizipationsprozesses und Erarbeitung Vorentwurf B-Plan „Flössergasse“ Januar 2005	Erster Entwurf Rahmenplanung SSK Heidestraße (Oktober 2004)
Erwartete Ergebnisse	
Genderorientiertes Beteiligungsverfahren an der Bebauungsplanung	Integration von GM in ein informelles Planungsverfahren
Handreichung „GM in der Bauleitplanung“	Ergebnisse zu „Gender und Stadtumbau“

Ziel- und Indikatorenkatalog geschlagen werden, der ebenfalls einen Bestandteil des Modellvorhabens bildet. Für viele städtebaulich relevante Themen kann im Unterschied zu anderen Themenbereichen selten auf personifizierte und damit geschlechterdifferenzierte Daten zurückgegriffen werden. So sagt beispielsweise der kontinuierliche Anstieg der

Wohnfläche pro Person noch nichts über die mögliche Differenzierung nach Einkommensgruppen, Haushaltsgrößen, Alter und Geschlecht aus. Hier ist zu prüfen, inwieweit über die Haushaltsgrößen bzw. über die Altersstrukturen der Haushalte indirekt Aussagen zur Genderrelevanz zu treffen sind. Als genderrelevante Indikatoren werden darüber hinaus auch



solche definiert, die z.B. städtebaulich relevante Ziele abbilden können wie eine wohnungsnah Grundversorgung, die Nutzungsmischung oder die Stadt der kurzen Wege. Hier wird angestrebt, die Ergebnisse des ExWoSt-Forschungsfeldes „Zukunft der Städte“ aufzugreifen und sinnvoll zu ergänzen. In Arbeitsgruppen wurden der vorliegende Entwurf eines Ziel- und Indikatorenkatalogs intensiv erörtert und Ergänzungs- und Veränderungsvorschläge diskutiert, so dass die überarbeitete Fassung nun in den Modellstädten exemplarisch zur Anwendung kommen wird.

**Inhaltliche Perspektiven**

Die Implementation von GM vollzieht sich, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, auf zwei Ebenen, der prozessualen, die den Aufbau

oder die Neuorganisation von Verwaltungsstrukturen umfasst, und der inhaltlichen, die sich aus dem Einbezug von Gender-Perspektiven in Städtebau und Stadtplanung ableitet. Vor allem letztere führt zu bisher nur unzureichend bearbeiteten Fragestellungen, die sich aus einer konsequenten Berücksichtigung der Kategorie „Gender“ in die Aktivitäten der Stadtplanungsverwaltung ergeben. Unterschieden werden können dabei ebenfalls zwei Richtungen. So kann sich die Integration einer Gender-Perspektive bei personenorientierten Maßnahmen auf die adäquate Berücksichtigung von unterschiedlichen Zielgruppen beider Geschlechter beziehen. Dies bedeutet beispielsweise bei der Durchführung von Projekten, die Beteiligung von Frauen an unterschiedlichen Statusgruppen zu betrachten oder in Beteiligungspro-

zessen auf die Mitwirkung aller relevanten Zielgruppen zu achten. In den Pilotvorhaben der an dem Modellvorhaben beteiligten Kommunen steht deshalb das Thema „Gender und Partizipation“ ganz oben auf der Liste der zu bearbeitenden Themen. Aufgabe der Begleitforschung wird es sein, die vor Ort entwickelten und erprobten Methoden hinsichtlich der damit verbundenen Zielsetzungen zu überprüfen und allgemeine und übertragbare Schlussfolgerungen für eine gender-orientierte Partizipation abzuleiten.

Zugleich muss im Blick behalten werden, dass GM bisher überwiegend mit Partizipation gleichgesetzt wird und andere inhaltliche Schwerpunkte schwerer zu vermitteln sind. Wie diese, auch inhaltlichen Schwerpunkte aussehen könnten, zeigen die Modellstädte jedoch eindrucksvoll. Mit ihren gegensätzlich ausgebildeten Rahmenbedingungen stehen Dessau und Pulheim für zwei aktuelle Trends der Stadtentwicklung. Demographischer Wandel, Abwanderungsprozesse und Deindustrialisierung führen in Dessau zu massiven Schrumpfungprozessen, die den Stadtbau in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung stellen. Ganz anders die Entwicklungen in Pulheim, das als (noch) wachsendes suburbanes Zentrum im Verdichtungsraum Köln der Nachfrage nach Einfamilienhäusern kaum nachkommt.

Mit der Implementierung von GM werden in beiden Städten neue Fragen aufgeworfen, auf die noch keine abschließenden Antworten vorliegen. Was bedeutet die Berücksichtigung einer Gender-Perspektive in Stadt-

Bremen: Gender Mainstreaming in der Freiraumplanung (Referenzstadt)
<b>Pilotvorhaben und Themen</b>
Neugestaltung des Grünzugs „Horn-Lehe“ Freiflächenplanung: Aufwertung einer innerstädtischen Freifläche
<b>Vermittlung von Gender Mainstreaming im Städtebau Maßnahmen, Methoden und Instrumente</b>
Anwendung und Weiterentwicklung des Ziel- und Kriterienkataloges „GM im Städtebau“
<b>Partizipation</b>
Befragung der NutzerInnen des Grünzugs Beteiligungsworkshop mit interessierten AnwohnerInnen und VertreterInnen anliegender Einrichtungen
<b>Erwartete Ergebnisse</b>
Genderorientiertes Beteiligungsverfahren an der Freiraumplanung Ergebnisse zu „Gender und Freiraum“

## Gute Beispiele

### Gender Mainstreaming im Städtebau

Die Sammlung der Guten Beispiele ist abgeschlossen und wird in einer der nächsten ExWoSt-Informationen dokumentiert.

umbauprozessen? Wie können in schrumpfenden Städten Qualitäten erhalten oder vielleicht auch erst entwickelt werden, die allen Bevölkerungsgruppen entsprechen (u.a. Auswirkungen auf Nachbarschaften, Erhalt von Infrastrukturangeboten, Anforderungen an Wohnquartiere usw.)? Aber auch in suburbanen Räumen müssen noch Antworten auf die Frage nach den Motiven für den Eigenheimbau im Grünen, die Wohnzufriedenheit im suburbanen Raum, die Deckung des Mobilitätsbedarfes, die Anforderungen an Infrastruktureinrichtungen, die Lebensqualität für SeniorInnen gefunden werden.

#### Zusammenfassende Ergebnisse der „Sammlung Guter Beispiele“

Das ExWoSt-Forschungsvorhaben besteht aus mehreren aufeinander aufbauenden sowie auch verknüpften Projektbausteinen, von denen einige mittlerweile zu einem vorläufigen Abschluss gebracht wurden. Hierzu gehört – neben der Wirkungsanalyse zu Urban II, dazu im nächsten Kapitel mehr – das Arbeitspaket „Gute Beispiele“, dessen Intention sowie inhaltlicher Aufbau im ExWoSt-Info Nr. 1 ausführlich beschrieben wurde (siehe [www.bbr.bund.de/exwost/](http://www.bbr.bund.de/exwost/)).

Die Dokumentation, die im Sommer 2005 sowohl im Internet als auch als ExWoSt-Information (Auszug) erhältlich sein wird, liefert Anregungen und Denkanstöße, jedoch keine Patentrezepte für die Umsetzung von Gender Mainstreaming im Städtebau auf kommunaler Ebene. Um die Berücksichtigung der Gleichstellungsperspektive im Politikfeld „Städte-

bau“ greifbarer und somit auch realisierbar werden zu lassen, bedarf es Vorbildern, wie Gender Mainstreaming erfolgreich umgesetzt werden kann. Diese langwierigen und komplexen Vermittlungsprozesse, die sich auf verschiedenen Ebenen vollziehen, sollen durch die Datenbank der gelungenen Beispiele unterstützt werden. Sie fungiert als anschaulicher Einstieg in die Auseinandersetzung und Bearbeitung des Themas. Die bisherige Projektbearbeitung vor Ort hat gezeigt, dass der Bedarf im Hinblick auf praktikable Beispiele von kommunaler Seite sehr groß ist. Durch Gute Beispiele können folgende, immer wiederkehrende Fragestellungen teilweise anschaulich beantwortet und auch besser kommuniziert werden:

- Was bedeutet GM im Städtebau?
- Wie handeln andere Städte und Gemeinden in diesem Politikfeld?
- Wie kann ein strategisches Vorgehen aussehen?
- Was können wir von anderen Beispielen lernen?
- Welche Personen, AkteurInnen und Verwaltungsstellen müssen mit ins Boot geholt werden?

Aus nahezu 100 Beispielen wurden insgesamt 30 gute Beispiele ausgewählt, die für die Dokumentationen vertiefend aufbereitet wurden. Ergänzend zum originären Themenfeld Städtebau wurden zwei weitere Projekte aufgenommen, die aufgrund ihrer übergreifenden Bedeutung wichtige und interessante Impulse geben können (Gender Budgetierung und Beteiligungsformen zur Planung von technischen Infrastrukturen).

Aus der Analyse der Sammlung „Guter Beispiele“ lassen sich aktuell folgende Anforderungen ableiten, die wesentliche Determinanten für eine Implementierung von Gender Mainstreaming in das planungsbezogene Verwaltungshandeln darstellen. Diese können drei Ebenen zugeordnet werden:

- **Rahmenbedingungen**

Zur erfolgreichen Implementierung von GM in die kommunalen Planungsprozesse gehört eine nachhaltige Unterstützung der damit verbundenen Zielsetzungen durch die politischen Institutionen und durch die Verwaltung. Dies ist in dem Top-Down-Ansatz von GM zwar angelegt, setzt jedoch voraus, dass die MitarbeiterInnen einen inhaltlichen Zugang zu dem Thema finden. Eine Erweiterung des Top-Down-Ansatzes um einen Bottom-Up-Ansatz scheint erforderlich. Darüber hinaus ist die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming bei der Fördermittelvergabe sowie die Verankerung in den relevanten Bundes- oder Landesprogrammen notwendig.

- **Inhaltliche Aspekte**

Erforderliches Fachwissen muss vorhanden sein und durch eine kontinuierliche (Weiter)Qualifizierung der MitarbeiterInnen (kontinuierlicher Austausch und Rückkopplungen) aktuell gehalten werden, um die Integration von Gender-Aspekten in den Planungsalltag sicherzustellen. Diese Grundlage ist z.B. erforderlich, damit selbstverständlich geschlechterdifferenzierte Arbeitsgrundlagen erstellt werden und für den weiteren Prozess zur Verfügung stehen. Daneben sind

## Ergebnisse der Wirkungsanalyse von URBAN II liegen vor: Einige Erfolge, aber auch Defizite

auf der inhaltlichen Ebene die Vereinbarung von inhaltlichen Qualitätszielen und eine regelmäßige (Erfolgs)Kontrolle von Bedeutung.

- Anforderungen an den Planungsprozess

Eine erfolgreiche Implementierung von GM in das Verwaltungshandeln steht und fällt mit engagierten AkteurInnen in den Planungsverwaltungen, denen es auch gelingt, weitere MitarbeiterInnen zu motivieren. Dies setzt eine Kontinuität in der Projektbearbeitung voraus und zielt zugleich auf die breite Verankerung des Themas in der planenden Verwaltung. Darüber hinaus sollten auch auf der Ebene der Prozesssteuerung Qualitätsvereinbarungen getroffen werden.

Die bisher vorliegenden Erfahrungen mit „Guten Beispielen“ machen deutlich, dass die Bedingungen und Anforderungen aus allen drei Ebenen zusammentreffen und ineinander greifen müssen, um Gender Mainstreaming erfolgreich zu implementieren. Eine herausragende Bedeutung kommt allerdings den AkteurInnen in Führungspositionen zu, die dem Thema unterstützend gegenüberstehen müssen.

Für Städte und Gemeinden, die bislang noch keine Erfahrungen im „Gendern“ von Planungsprojekten gesammelt haben, scheint es ratsam, als Einstieg in das Thema überschaubare, handhabbare Projekte auszuwählen und sich für die Umsetzung von Gender Mainstreaming zu Beginn des Prozesses fachliche Unterstützung und Beratung „einzukau-

fen“ – sofern diese nicht in der Verwaltung vorhanden ist. Konnten in einem ersten Projekt positive Erfahrungen gesammelt werden, sind die Hürden für weitere GM-Aktivitäten deutlich geringer. Dabei sind die wirklich „Guten Beispiele“ durchaus diejenigen, die sich im alltäglichen „Planungsgeschäft“ finden und in denen die unterschiedlichen Geschlechterperspektiven Berücksichtigung finden – „ohne groß darüber zu reden“.

### Zusammenfassende Ergebnisse der Wirkungsanalyse von „URBAN II“

Das Programm URBAN II, eine Gemeinschaftsinitiative im Rahmen von EFRE, die auf die wirtschaftliche und soziale Revitalisierung von innerstädtischen Gebieten zielt, ist eines der zentralen Aktionsfelder der Europäischen Union zur Stadtentwicklung. Im Rahmen dieses Programms ist in den vier festgelegten Handlungsfeldern – I. Wirtschaftliche Entwicklung, II. Arbeitsmarkt und Soziales, III. Städtebauliche Erneuerung/Ökologie und IV. Technische Hilfen – das Querschnittsziel Gender Mainstreaming zu berücksichtigen. Die Leitlinien des Programms legen fest, dass die erarbeiteten und durchgeführten Strategien der „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ entsprechen müssen.

Schwerpunkt war die Untersuchung der Auswirkungen der im EU-Programm URBAN II verankerten Berücksichtigung von Gender Mainstreaming Aspekten. Dieser Bearbeitungsbaustein des Forschungsvorhabens setzt sich aus drei Teilen zu-

sammen. Zum ersten aus einer Analyse der fördernden und hemmenden Faktoren in der Umsetzung von Gender Mainstreaming innerhalb der Programm Vorbereitung und -bearbeitung anhand der Fallbeispiele Bremerhaven und Leipzig. Zum zweiten aus einer schriftliche Befragung der bundesrepublikanischen Städte mit URBAN II-Gebieten und der jeweiligen Landesministerien sowie zum dritten aus einer telefonische Befragung ausgewählter europäischer URBAN II-Gebiete (Siehe den Beitrag von Laura Mattiucci in diesem Heft).

Welche Ergebnisse wurden nun erzielt und welche Empfehlungen können darauf aufbauend gegeben werden:

Problembewusstsein vor Programmstart:

- Das in der Regel anzutreffende geringere Problembewusstsein zu Gender Mainstreaming in ostdeutschen Städten hat nicht automatisch eine geringere Berücksichtigung von GM im URBAN II-Programm zur Folge.
- Die insbesondere in westdeutschen Kommunen teilweise vorhandenen GM-Strategieansätze, wie auch das vorhandene Fachwissen in städtebaulichen Themenfeldern werden nur ungenügend genutzt und nach unserer Einschätzung nicht im Sinne der integrierten URBAN-Handlungsstrategien vernetzt.
- Sowohl in ost- wie in westdeutschen Kommunen sind Offenheit und engagierte Personen vor Ort die eigentlichen Schlüsselfaktoren.

## Wo stehen wir jetzt:

### Zwischenresultate zum ExWoSt-Vorhaben Gender Mainstreaming im Städtebau

#### Programmkonzeption und -design:

- Klare Formulierungen von Gender Mainstreaming-Zielen in den Förderprogrammen sind elementare Voraussetzungen und wichtige Impulse zur Bearbeitung des Querschnittszieles. Sie geben den AkteurInnen vor Ort Rücken-deckung (in der Politik wie auch in der Verwaltung).
- Eine systematische Operationalisierung des Querschnittszieles GM fehlt in den vorgefundenen Programmdesigns. Das „Herunterbrechen“ des allgemeinen Zieles auf die jeweiligen Handlungsfelder ist vor Ort mühsam und gelingt insbesondere in städtebaulichen Themenfeldern nur unzureichend.
- Die Umsetzung des Querschnittszieles GM in den städtebaulich orientierten Themen ist deutlich ungeübter als in den Handlungsfeldern „Wirtschaft“ und „Soziales“. Gender Mainstreaming wird überwiegend dort thematisiert, wo es um personifizierbare Maßnahmen geht (z.B. Betreuungsangebote, Qualifizierungsmaßnahmen). Die indirekt auf die Geschlechter unterschiedlich wirkenden baulichen Strukturen und Angebote sind im Bewusstsein der Handelnden nicht oder wenig präsent. Hier sind konkretere Vorgaben in der Programmkonzeption wie auch ein intensiverer Wissenstransfer (z.B. Leitfaden, Kriterienkataloge, Arbeitshilfen) wünschenswert.
- Um das Thema GM im Städtebau zu befördern, sind weitere flankierende Maßnahmen wünschenswert wie beispielsweise die Ver-

mittlung gender-kompetenter PlanerInnen, Förderfähigkeit von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Schulung von MultiplikatorInnen.

- Das URBAN II-Programm besitzt in einigen Städten eine Art „Schlüsselfunktion“ im Hinblick auf die Implementation von GM-Aspekten; dieses sollte stärker genutzt und z.B. mit Hilfe von „Guten Beispielen“ systematisch aufbereitet und innerhalb der Verwaltung kommuniziert werden.

#### Programmsteuerung:

- Zur effektiven Programmsteuerung fehlen geeignete geschlechterdifferenzierte Indikatoren; diese müssen verständlich und praktikabel sein, um mit ihnen arbeiten zu können. Die Erhebung und Fortschreibung von geschlechterdifferenzierten Daten scheint nach wie vor ein erhebliches Problem zu sein.
- Die Umsetzung des Querschnittszieles erfordert die personelle Verantwortung in allen fachlichen Schwerpunktbereichen. Eine Delegation an die kommunale Gleichstellungsbeauftragte reicht keineswegs aus. Denkbar ist die Benennung von Gender-Beauftragten in den jeweils relevanten Steuerungsgremien, um die Vielfalt und thematische Tiefe abbilden zu können.
- Die Berücksichtigung von Gender-Kriterien sowie Gender-Kompetenz muss auch bei der Auftragsvergabe an Externe abgesichert sein. Dies schließt das Programmmanagement sowie die Programmevaluation ebenso wie die Bear-

beitung vor Ort in den Programmbereichen (QuartiersmanagerInnen, ModeratorInnen, Gutachten) ein.

- Der Nachweis des Zielerreichungsgrades von GM ist unklar. Hierzu sind qualitative wie quantitative Kriterien, die in praxisorientierten Handlungshilfen (z.B. Leitfäden, Arbeitshilfen) gebündelt sein sollten, erforderlich.

#### Zwischenresümee des ExWoSt-Vorhabens

Bereits bei der Suche und Systematisierung von „Guten Beispielen“ zur Implementierung von Gender Mainstreaming im kommunalen Planungshandeln zeigte sich, dass bisher nur sehr begrenzt Erfahrungen zu diesem Thema vorliegen. Die Projekte sind bis auf wenige Ausnahmen nur unzureichend dokumentiert, so dass viele der Erfahrungen nur in den Köpfen der BearbeiterInnen vorliegen. Darüber hinaus wird die Theorie zur Umsetzung von GM vielfach mit der konkreten Praxis „verwechselt“, so dass zwar abstrakte und allgemein abgefasste Veröffentlichungen vorhanden sind, eine konkrete Auswertung der Ergebnisse einzelner Projekte jedoch in den meisten Fällen fehlt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse von Modellprojekten – nicht nur in Deutschland – vielfach sehr positiv „verkauft“ und es stellt sich erst bei näherer Betrachtung heraus, dass vieles „gut geredet“ wird. Der Prozess zur dauerhaften Implementierung von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe und Top-Down-gesteuertem Ansatz befindet sich bundesweit in den Planungsabteilungen der Verwaltun-

gen größtenteils noch am Anfang, so dass trotz einer wachsenden Zahl von Pilotprojekten eine Überführung in Routinen des planerischen Alltagshandelns kaum bzw. noch nicht zu erkennen ist. Es scheint allerdings zum jetzigen Zeitpunkt auch fraglich, ob ein allgemeines Verfahren dem Anspruch auf einen Beitrag zur Chancengleichheit gerecht werden kann oder ob nicht viel mehr für unterschiedliche Vorhaben und Verfahren flexible Methoden und Instrumente zur Anwendung kommen müssen.

Für die beteiligten Modellstädte bedeutet dies, dass kaum auf Erfahrungen anderer Kommunen oder gar bereits vorliegende Ergebnisse zurückgegriffen werden kann. Vielmehr wird das Vorhaben seinem Anspruch, Modelle eines experimentellen Städtebaus zu entwickeln und zu erproben, überaus gerecht. Dieser nicht immer leichte Weg, der auch Fehler, Schwierigkeiten und Kursänderungen beinhaltet, setzt eine besondere Aufgeschlossenheit der beteiligten Städten voraus, da die Ergebnisse nicht von vorneherein einschätzbar sind und auch der Projektverlauf offen und flexibel gestaltet sein muss.

Das Modellvorhaben hat seine Halbzeit erreicht. Festzustellen ist eine positive Aufnahme in den Städten und eine vor Ort stetig wachsende Akzeptanz des zumeist als sperrig wahrgenommenen Themas GM. Dabei kommt den erfolgreichen und äusserst öffentlichkeitswirksamen Auftaktveranstaltungen eine besondere Bedeutung zu, da hier nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern ein weiter Kreis lokaler und regionaler AkteurInnen einbezogen wurde.

Die bisher erfolgten Aktivitäten machen deutlich, dass eine konsequente Umsetzung von GM zu einer Integration unterschiedlicher Fachverwaltungen führt. So arbeiten an den Pilotvorhaben nicht nur die Stadtplanungsämter, sondern beispielsweise auch das Jugendamt, das Wohnungsamt, die Gleichstellungsbeauftragte etc. mit. GM trägt zu einer Qualifizierung der Verwaltungsprozesse bei, weil es Analyse, Zielformulierung und Controlling erfordert. Sichtbar wird die Notwendigkeit genauer Zielformulierungen für ein Controlling der Projekte.

Bisher lassen sich vor allem zwei Zugangsweisen unterscheiden: Ein relativ unkomplizierter Einstieg bei der Berücksichtigung von GM vollzieht sich bei formellen Planungsverfahren, z.B. der Bebauungsplanung. Der in deutliche Verfahrensschritte gegliederte Prozess muss „nur“ um die Anforderungen des GM ergänzt werden. Anders und weitaus komplizierter gestaltet sich die Implementation von GM bei informellen Planungsverfahren, an denen nicht nur zahlreiche AkteurInnen beteiligt sind, sondern deren offene Aufgabenstellung und die fehlenden positiven Beispiele zu einer kaum zu bewältigenden Komplexität führen. Je diffuser und ungenauer die Prozesse jedoch sind, desto schwieriger gestaltet sich im Umkehrschluss die Implementation von GM. Hier muss nicht nur über möglichst handhabbare und effektive Verfahren nachgedacht werden, sondern es sollten auch die Methoden und Instrumente des GM an die Anforderungen von Stadtentwicklungsprozessen ange-

passt werden. Jedoch, auch ein noch so guter Ansatz der Implementierung von GM kann strukturelle Defizite im Verwaltungshandeln nicht beseitigen und alles auf einmal besser machen.

Solange Problembeschreibungen unzureichend bleiben (müssen), da die konkrete Lösungssuche im Vordergrund steht und „Gender“ zu spät in die Verfahren eingebracht wird, so dass Grundsatzentscheidungen bereits gefallen sind und nur noch nachgebessert wird, kann eine Implementation von GM nur unzureichend erfolgen.

Vor allem der Verzicht auf vorausgehende Gender Analysen und die deshalb nur unzureichenden Zielformulierungen lassen GM unwirksam werden. Dies zeigt sich dann beispielsweise an dem Missverständnis, GM bedeute, die Interessen aller „unter einen Hut zu bekommen“ und nicht diejenigen Gruppen zu berücksichtigen, deren Interessen aufgrund geschlechtshierarchischer Strukturierungen bisher vernachlässigt wurden. Gender Mainstreaming läuft ohne differenzierte Zielaussagen Gefahr, auf eine neutrale Zielgruppenorientierung: „Wir machen etwas für alle“ reduziert zu werden. Sowohl Modellstädte als auch Referenzstadt zeigen in ihren Pilotvorhaben und den nun beginnenden Ansätzen einer dauerhaften Implementation von GM Ansatzpunkte für einen Umgang mit diesen besonderen Anforderungen des Städtebaus auf und erproben übertragbare und wegweisende Modelle.

## Die europaweite Umsetzung von GM im Rahmen von URBAN II

Laura Mattiucci

Diplom in Public Relations  
an der Universität Udine

Praktikantin am Difu (05-07/2004) im Rahmen des Masterprogramms der Europäischen Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar

### Laura Mattiucci

Das Programm URBAN II, eine Gemeinschaftsinitiative im Rahmen von EFRE, die auf die wirtschaftliche und soziale Revitalisierung von innerstädtischen Gebieten zielt, ist eines der zentralen Aktionsfelder der Europäischen Union zur Stadtentwicklung. Zur Förderkulisse von URBAN II zählen europaweit 71 städtische Gebiete. Im Rahmen dieses Programms legen die Förderkriterien fest, in allen Handlungsfeldern<sup>1</sup> das Querschnittsziel Gender Mainstreaming zu berücksichtigen. GM ist damit zusammen mit Umwelt und Nachhaltigkeit in den Europäischen Strukturfonds erklärtes Querschnittsziel.

Ein Baustein des ExWoSt-Forschungsfeldes „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ist die Analyse der fördernden und hemmenden Faktoren in der Umsetzung des Querschnittszieles GM in zwei ausgewählten deutschen URBAN II-Städten: Leipzig und Bremerhaven. Um die nationalen Erfahrungen vor dem Hintergrund der europäischen einordnen und bewerten zu können, wurden eine telefonische und eine schriftliche Befragung von 29 europäischen URBAN II Städten im Zeitraum Mai bis Juli 2004 durchgeführt. Die Auswahl der Städte erfolgte rein pragmatisch nach den vorhandenen Sprachkenntnissen der Autorin. Befragt wurden folgende URBAN II-Städte:

- in Belgien:  
Brüssel, Antwerpen, Sembreville;

- in Frankreich:  
Clichy-Montfermeil, Le Mantois, Grigny/Viry, Val de Seine, Bastia, Le Havre, Strasbourg, Grenoble, Bordeaux;
- in Italien:  
Carrara, Caserta, Crotona, Genova, Milano, Misterbianco, Mola di Bari, Pescara, Taranto, Torino;
- in Holland:  
Amsterdam, Rotterdam, Heerlen;
- in Finnland: Helsinki;
- in Schweden: Göteborg
- in Österreich: Graz und Wien.

Ziel der Befragung war keine systematische Evaluation, sondern die Erhebung von Verfahrensschritten und Praxisbeispielen. Daher weist diese Untersuchung einen eher explorativen Charakter auf. In dem erarbeiteten Leitfaden für die Gespräche wurden deshalb hauptsächlich offene Fragen gewählt. Gefragt wurde nach folgenden Themenschwerpunkten:

- Verankerung von GM in der Programmkonzeption,
- Operationalisierung von GM und konkrete Maßnahmen,
- Erfahrungen mit der Umsetzung von GM,
- Berücksichtigung im Handlungsfeld „städtebauliche Qualitäten“,
- Erreichen des Querschnittsziels GM,
- Gute Beispiele.

Insgesamt wurden 29 Fragebögen verschickt, 17 Städte antworteten schriftlich, mit einer Stadt wurde ein telefonisches Interview geführt. Zwei von diesen 18 gaben an, GM nicht zu

kennen und deshalb keine Angaben machen zu können, so dass die Antworten von 16 Städten in die Auswertung einfließen. 15 Städte gaben an, dass GM bereits in der Konzeption von URBAN II verankert wurde. Als Querschnittsziel in URBAN II wurde GM mit 13 Nennungen im Bereich „Soziale Qualitäten“ eingebunden, mit 11 Nennungen im Bereich „Wirtschaft und Beschäftigung“ und nur 6 Nennungen entfallen auf den Bereich „Städtebauliche Qualitäten“. Einige Städte verstanden unter „städtebaulichen Qualitäten“ oder „urban qualities“ nicht nur baulich/infrastrukturelle Maßnahmen, sondern auch verschiedene andere soziale Maßnahmen wie z.B. die Integration von MigrantInnen, die Schaffung von Arbeitsplätzen. Von daher wurden Fragen nach einer Berücksichtigung von GM in diesem Handlungsfeld positiv beantwortet, ohne aber auf konkrete baulich-räumliche Maßnahmen verweisen zu können.

Gefragt nach der konkreten Umsetzung von GM im Kontext von URBAN II wurden sehr unterschiedliche Maßnahmen angeführt. Die Bandbreite reichte von der Durchführung spezifischer Untersuchungen und Datenerhebungen (6 Nennungen) über Stellenausschreibungen für Frauen und die Förderung einzelner Zielgruppen (z.B. Mütter) bis zur Einführung neuer Kommunikations- und Informationsverfahren.

Ein Controlling der damit verbundenen Ziele erfolgt dabei kaum, nur

zwei Städte verweisen auf eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung. Eine Stadt arbeitet mit Indikatoren, die aus dem Programm ESF der EU übernommen werden, die andere mit der Methode VISPO<sup>2</sup>: (Valutazione di Impatto Strategico Pari Opportunità – Bewertung des strategischen Einflusses der Gleichstellung). VISPO umfasst verschiedene Kriterien, die vom italienischen Ministerium der Arbeit als Werkzeug für die Gender-Analyse verschiedener Politiken benutzt werden. Diese Modalität wird auch in den allgemeinen Ex-Ante- und Ex-Post-Evaluationen und in diesem Fall auch für die Evaluation von URBAN benutzt. Folgende Aspekte wurden für VISPO untersucht: Demographie, Wirtschaftsaktivitäten allgemein, Sektorale Wirtschaftsaktivitäten, Infrastruktur und Dienstleistungen, Bildungssystem und letztlich Arbeitsmarkt.

Eine städtebauliche Perspektive wurde bei den Projekten gesehen, die sich etwa mit Maßnahmen zur Gestaltung öffentlicher Räume oder explizit mit dem Thema Sicherheit im öffentlichen Raum befassen (sechs Nennungen). Noch konkreter nach der Umsetzung in städtebaulichen Handlungsfeldern gefragt, wiederholt sich das bereits in der Untersuchung der deutschen Städte deutlich gewordene Bild. Im Unterschied zur Verankerung in den beiden anderen Handlungsfeldern bleibt die Implementation im Feld „Städtebauliche Maßnahmen“ nebulös, eine Verknüpfung zwischen Genderperspektiven und

städtebaulichen Handlungsfeldern fällt schwer oder wird als nicht relevant wahrgenommen.

Gute Beispiele im Rahmen von Maßnahmen zu den „städtebauliche Qualitäten“ wurden von 11 Städten genannt. Dazu zählen der Neubau einer Unterführung (Graz), Grün- und Freiraumkonzepte (Wien, Strasbourg) sowie die Planung von soziokulturellen Zentren für spezifische Zielgruppen (Torino, Caserta, Strasbourg).

Hemmnisse in der Umsetzung von GM liegen vor allem in der Kommunikation zwischen den Akteuren, der schwierigen Vermittlung des GM-Konzepts und der Schaffung eines GM-Bewusstseins. Kritisiert wird die unzureichende Koordination zwischen den einzelnen Zielen innerhalb des URBAN-II-Programms.

Festhalten lässt sich somit, dass GM als Querschnittsziel bis auf wenige Ausnahmen in den Kommunen bekannt und benannt ist. In abstrakten Formulierungen als Querschnittsziel erhält es Zustimmung, der jedoch sehr viel seltener konkrete Maßnahmen folgen. Selbst geschlechterdifferenzierte Datenanalysen werden kaum veranlasst. Die Implementierung erfolgt in den drei Themenfeldern sehr unterschiedlich, da GM teilweise als direktes soziales Ziel interpretiert wird.

Hier wird ein erheblicher Informations- und Fortbildungsbedarf sichtbar, der als notwendige Vorausset-

zung einer erfolgreichen Vermittlung von GM in seinen Zielen und Intentionen betrachtet werden muss und dazu führen sollte, dass GM nicht mehr als neuer Begriff für Frauenförderung interpretiert werden kann. Den Vorurteilen gegenüber GM, dem unzureichenden Wissen und der geringen Akzeptanz stehen aber bei erfolgter Umsetzung und nach entsprechender Information eine steigende Bereitschaft und Akzeptanz gegenüber.

(1)

Im URBAN II-Programm sind grundsätzlich vier Schwerpunkte festgelegt: I. Wirtschaftliche Entwicklung, II. Arbeitsmarkt und Soziales, III. Städtebauliche Erneuerung/Ökologie und IV. Technische Hilfen.

(2)

Dipartimento per le pari Opportunità, Linee guida, Attuazione del principio di pari opportunità per uomini e donne e valutazione dell'impatto equitativo di genere nella programmazione operativa, Fondi strutturali 2000–2006, 1999

## Zum Stand der Implementierung von Gender Mainstreaming in die Arbeit der Bundesregierung

*Gudrun Scheithauer*

*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

*Referat Gender Mainstreaming*

*Rochusstraße 8–10*

*53123 Bonn*

*Tel.: 0228 / 930 - 2420*

*Vertreterin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und*

*Jugend (BMFSFJ) im projektbegleitenden Beirat*

### Gudrun Scheithauer

Gender Mainstreaming bedeutet aus der Sicht der Bundesregierung, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Das heißt:

1. Fraueninteressen sollen nicht als Sonderinteressen behandelt werden und männliche Anforderungen nicht zur allgemein verbindlichen Norm gemacht werden.
2. Maßnahmen sollen aus rechtlichen und politischen sowie aus Effizienzgründen von vornherein daraufhin geprüft werden, wie sie sich auf Frauen und Männer auswirken.

Dies ist aus gleichstellungspolitischer Sicht besonders wichtig. Denn nicht erkannte Unterschiede können dazu führen, dass scheinbar „neutrale“ politische Maßnahmen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betreffen, ja sogar, dass bestehende Unterschiede noch verstärkt werden. Dieser ganzheitliche Ansatz wirft die Frage auf, in welchem Verhältnis Gender Mainstreaming zur klassischen Frauenförderpolitik steht, welche Rolle die Gleichstellungsbeauftragte beispielsweise in diesem Zusammenhang spielt. Sowohl Gender Mainstreaming als auch Frauenpolitik zielen darauf ab, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Gender Mainstreaming ist dabei die Strategie, um geschlechtsspezifische Ausgangspositionen und Fol-

gen einer Maßnahme zu bestimmen. Werden hierbei Benachteiligungen von Frauen festgestellt, greift das klassische Instrumentarium der Frauenförderpolitik, um der jeweiligen Benachteiligung entgegenzuwirken. Frauenfördernde Maßnahmen oder auch spezifische Maßnahmen für Jungen oder Männer sind also die Konsequenz aus einer Anwendung von Gender Mainstreaming.

Es gibt auch einen wesentlichen organisatorischen Unterschied zwischen der institutionalisierten Frauenpolitik und dem Gender-Mainstreaming-Ansatz: Frauenförderung wird von speziellen organisatorischen Einheiten betrieben, die für Gleichstellungspolitik zuständig sind, etwa von der Gleichstellungsbeauftragten. Demgegenüber setzt Gender Mainstreaming auf die Beteiligung aller an einer Entscheidung beteiligten Personen. Es liegt nun in der Verantwortung der jeweils Zuständigen – und nicht mehr ausschließlich in der Verantwortung bestimmter Personen –, Gleichstellung zwischen Männern und Frauen herzustellen. Gender Mainstreaming ist also nicht „alter Wein in neuen Schläuchen“, sondern tritt neben das Instrumentarium der klassischen Frauenförderung.

Folgende Beispiele für geschlechtsspezifische Aspekte in unterschiedlichen Bereichen verdeutlichen, wie Gender Mainstreaming sich auswirken kann:

Im **Verkehrsbereich** ist der Umgang mit Unfallrisiken genderrelevant: Ein geschlechtersensibler Blick auf die

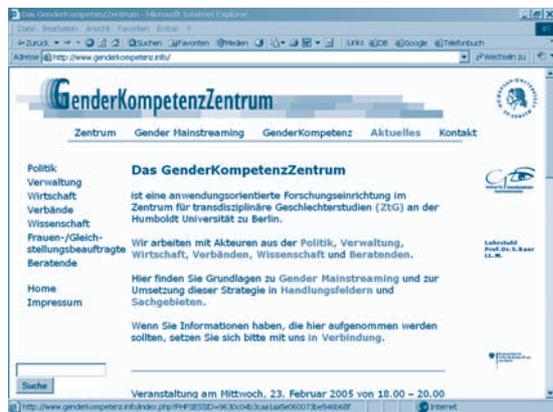
Unfallstatistik zeigt, dass junge Männer unter 30 Jahren als Autofahrer den riskantesten Fahrstil haben. Sie verhalten sich am Steuer deutlich aggressiver als Frauen. Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit richten sich unter Beachtung dieses Gender-Aspektes speziell an junge Männer und den Umgang mit männlicher Risikobereitschaft.

Im Bereich der Politik für **ältere Menschen** kann u. a. auch folgender Umstand Auswirkungen auf die Konzeption der Altenpflege haben: Ältere Männer sind im häuslichen Bereich unselbstständiger als Frauen, sie können sich nach dem Tod der Partnerin kaum selbst versorgen. Während Männer daher eher auf Pflegeheimplätze angewiesen sind, brauchen Frauen bessere ambulante Unterstützung.

Im Bereich der **Wirtschaft** kann eine geschlechterdifferenzierende Analyse z. B. bei der Vergabe von Krediten Fragen aufwerfen: Banken vergeben seltener Kredite an Frauen als an Männer, die sich selbstständig machen wollen. Hier müssen die Kriterien stärker an den unternehmerischen Zielen von Frauen ausgerichtet werden.

Dass die Bundesregierung sich so intensiv mit der Gender Mainstreaming Strategie befasst, hat nicht nur gleichstellungspolitische, sondern insbesondere rechtliche Gründe: Gender Mainstreaming ist rechtlich verpflichtend.

Dazu zunächst ein kleiner Ausflug in die Historie: Die Strategie des Gender



Mainstreaming wurde 1985 auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi entwickelt und 1995 auf der Weltfrauenkonferenz in Peking beschlossen. 1996 hat sich die EU erstmals in einer Mitteilung der Kommission zu Gender Mainstreaming verpflichtet. Seit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages (Mai 1999), besteht über Art. 3 Absatz 2 des Vertrages die *gesetzliche* Verpflichtung, Gender Mainstreaming anzuwenden. Mit Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1999 hat die Bundesregierung auf der Grundlage des in Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG festgelegten Staatsziels die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip ihres Handelns anerkannt und beschlossen, diese Aufgabe mittels der Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern.

Dieser Beschluss wurde zum einen dadurch umgesetzt, dass am 26.7.2000 die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien geändert und in § 2 der GGO die Verpflichtung aller Ressorts festgelegt worden ist, diesen Ansatz bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu beachten. Auch im Bundesgleichstellungsgesetz ist in § 2 der Grundsatz des Gender Mainstreaming verankert. Hinzu kommt die Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2002. Die Regierungsparteien haben festgelegt, dass Gender Mainstreaming als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig verankert werden soll.

Die entscheidende Frage ist nun allerdings: Wie wurden diese Vorgaben bisher in die Praxis umgesetzt? Zur Umsetzung von Gender Mainstreaming entwickelte das BMFSFJ ein Implementierungskonzept. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gender Mainstreaming“ (IMA) zu, die den Implementierungsprozess steuert. Die IMA hat sich im Mai 2000 konstituiert, den Vorsitz hat der Staatssekretär des BMFSFJ inne. In dieser IMA sind alle Ressorts auf Abteilungsleitungsebene vertreten, dort werden Konzepte und Ergebnisse diskutiert und ggf. verabschiedet, die Ressorts stellen Projektergebnisse vor und berichten über sonstige Maßnahmen. Das BMFSFJ ist federführend zuständig für die Organisation und Koordinierung des Implementierungsprozesses, agiert sozusagen als „Motor“.

Allerdings kommt der Eigenverantwortung der Ressorts ein sehr hoher Stellenwert zu, da es ein Grundprinzip von Gender Mainstreaming ist, dass jede Akteurin/jeder Akteur selbst die gleichstellungspolitischen Aspekte prüfen und berücksichtigen muss und dies nicht mehr an spezielle Gleichstellungsstellen delegieren darf. Es ist daher Aufgabe eines jeden Ressorts, die Strategie des GM in seine Ressortaufgaben zu integrieren.

Ein weiteres Prinzip der Implementierung ist der Top-down-Ansatz, d.h. die besondere Verantwortung der Führungskräfte, die hinter diesem Prozess stehen müssen. Nach den im Rahmen der IMA getroffenen Arbeitsvereinbarungen gibt es einige grund-

legende Elemente des Implementierungsprozesses, die alle Ressorts umzusetzen haben. Dazu gehören insbesondere die Durchführung von praxisorientierten Fortbildungen auf allen Hierarchieebenen, die Erprobung von Gender Mainstreaming als Strategie in mindestens einem Pilotprojekt, sowie die organisatorische Verankerung des Prozesses in den Strukturen des jeweiligen Ministeriums.

In der letzten Legislaturperiode entstanden 34 Pilotprojekte, die sich drei Themenfeldern zuordnen lassen:

- Maßnahmen zur Aktivierung Dritter (z.B. Förderrichtlinien, Öffentlichkeitsarbeit),
- Vorhaben der Rechtssetzung (Gesetze) und
- Maßnahmen des ressortinternen Handelns (Personalentwicklungskonzepte, Beurteilungsrichtlinien etc.).

Die Pilotprojektphase hat viele Erkenntnisse gebracht, die sowohl für die organisatorische Umsetzung des Gender Mainstreaming, die praktische Anwendung und das Controlling genutzt werden können. Besonders relevant für die tägliche Anwendung des Gender Mainstreaming in allen Aufgabenbereichen der verschiedenen Bundesministerien sind die entwickelten Arbeitshilfen. Sie liegen für drei wesentliche Bereiche vor: Rechtsetzung, Ressortforschung und Öffentlichkeitsarbeit.

Ende 2003 wurde die Pilotprojektphase weitgehend abgeschlossen. Zielsetzung der Bundesregierung für die zweite Phase des Implementierungsprozesses ist es, Gender Main-



streaming als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig zu verankern und regelmäßig anzuwenden. Deshalb wurden die in der Pilotprojektphase gewonnenen Erkenntnisse, Erfahrungen und Arbeitsergebnisse in einem **elektronischen Handbuch**, dem so genannten „**Wissensnetz – Gender Mainstreaming für die Bundesverwaltung**“ zusammengefasst. Dieses Wissensnetz wurde zum Internationalen Frauentag am 8. März 2004 auf der inhaltlich und graphisch neu gestalteten Webpage der Bundesregierung zu Gender Mainstreaming [www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net) veröffentlicht. Mit dem „Wissensnetz“ wird allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur der Bundesverwaltung, sondern auch anderer Verwaltungsebenen ein online verfügbares, praktisches Nachschlagewerk und Instrumentarium an die Hand gegeben. Die Inhalte können entsprechend auf Landes- und Kommunalebene und für Verbands- und Parteiarbeit angewendet werden.

Ziel für den weiteren Prozess ist es, Gender Mainstreaming als Methode zur Umsetzung von Artikel 3 des Grundgesetzes in allen Ressorts der Bundesregierung nachhaltig in der Regelpraxis zu verankern. Dazu sind in dieser Legislaturperiode weitere Schritte geplant. Es soll nicht bei den Pilotprojekten bleiben. Vielmehr soll GM in einer größeren Breite in die Ressorts transportiert werden. Das geht nicht ohne entsprechende Strukturen zur durchgängigen Anwendung von GM. Eine organisatorische Integration von GM in die Auf-

bau- und Ablauforganisation ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Nachhaltigkeit des Implementierungsprozesses.

Einer Gefahr muss allerdings begegnet werden: Der Implementierungsprozess darf nicht bei der reinen Verwaltungsorganisation stehen bleiben oder gar als bürokratische Pflichtübung verstanden werden. Der Umsetzungsprozess erfordert jetzt vor allem mehr Wissen um die Strategie des Gender Mainstreaming und mehr gleichstellungspolitisches Fachwissen in allen Ressorts. Die Sensibilität für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen politischer Maßnahmen im eigenen Fachgebiet muss entwickelt bzw. verbessert werden. Die Aus- und Fortbildung zu Gender Mainstreaming in den Ressorts ist daher ein wesentlicher Schwerpunkt des Implementierungsprozesses in dieser Legislaturperiode.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur erfolgreichen Verankerung von Gender Mainstreaming in die Arbeit der Bundesregierung ist auch die Errichtung des GenderKompetenzZentrums im Oktober 2003. Das GenderKompetenzZentrum an der Humboldt Universität ist eine selbstständige Forschungs- und Beratungseinrichtung. Es wird durch das BMFSFJ finanziert. Es soll eine Koordinierungs- und Vermittlungsfunktion zwischen den Bundesministerien einerseits und den Genderexperten und -expertinnen, -instituten und -praktikern oder -praktikerinnen andererseits wahrnehmen und wettbewerbsneutrale „Dreh-scheibe“ zwischen den beiden Seiten

im Beratungsprozess sein. Das Zentrum stellt über seine Homepage [www.genderkompetenz.info](http://www.genderkompetenz.info) ein umfangreiches Informationsangebot zur Verfügung, das erste Recherchen zu Genderfragen und Genderaspekten für eine Vielzahl unterschiedlicher Sachgebiete und Handlungsfelder ermöglicht.

Zum Abschluss möchte ich noch kurz die Erfolgsfaktoren bei der Implementierung von Gender Mainstreaming zusammenfassen. Eckpunkte für erfolgreiches Gender Mainstreaming sind:

- Engagement der Führung (top-down),
- Leitungsnähe und klare Zuständigkeit der Prozess-Steuerung,
- Doppelstrategie (GM und Frauenförderung),
- Fortbildung auf allen Hierarchieebenen,
- geschlechterdifferenzierte Informationsbasis (geschlechtersensible Daten),
- abgestimmtes und verbindliches Konzept bzgl. des Vorgehens, der Instrumente und des Controllings.

## ExWoSt-Vorhaben „Gender Mainstreaming im Wohnungswesen“

Durchführung des Projektes :  
Universität Hannover  
FB Architektur, Institut für  
Geschichte und Theorie  
Abt. Planungs- und Architektur-  
soziologie

Projektleitung:  
Prof. Dr. sc. techn. Barbara Zibell  
Stadt- und Regionalplanerin  
  
Projektbearbeitung:  
Dr. Michael Klünder  
Dipl.-Ing. Anke Schröder

### Barbara Zibell

Parallel zur Implementation im Städtebau beabsichtigt die Bundesregierung, die Strategie des Gender Mainstreaming (GM) nun auch in wohnungspolitische Aktivitäten zu integrieren. Im Rahmen des neuen ExWoSt-Vorhabens „Gender Mainstreaming im Wohnungswesen“ wird in einer ersten Phase eine Bestandsaufnahme des Wohnungswesens vorgenommen mit dem Ziel, wesentliche GM-Themenfelder zu identifizieren und zu analysieren. Damit einhergehend soll die Ausweisung von konkreten relevanten Handlungsfeldern für die öffentliche Verwaltung im Bereich des Wohnungswesens erfolgen<sup>1</sup>. Im Kontext eines weitgehend deregulierten und sehr stark von Bestandsprozessen geprägten Wohnungsmarktes wird sich die Untersuchung nicht auf die einschlägigen wohnungspolitischen Instrumente beschränken lassen, sondern auch den ganz „normalen“ Wohnungsmarkt einbeziehen.

Auf den Ergebnissen der Bestandsaufnahme aufbauend soll in einer zweiten Phase geprüft werden, ob die Ergebnisse eine tragfähige Grundlage für die Durchführung von ExWoSt-Modellvorhaben darstellen. Soweit dies der Fall ist, sollen dazu Konzepte entwickelt und auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden.

Die Bearbeitung des Projektes vollzieht sich demnach in drei Arbeitsschritten:

- Analyse und Darstellung des Wohnens unter Gender-Aspekten; ein erster ExpertInnenworkshop wird diesen Arbeitsschritt begleiten;
- Untersuchung von wohnungspolitischen Themen- und Handlungsfeldern im Hinblick auf die Anwendung von Gender Mainstreaming. Auch dieser Arbeitsschritt wird durch einen zweiten ExpertInnenworkshop abgerundet;
- Recherche und Ausarbeitung möglicher zukünftiger Modellvorhaben. Die Ergebnisse werden auf einer öffentlichen Abschlusskonferenz vorgestellt und diskutiert.

Die Herangehensweise im ersten Arbeitsschritt vollzieht sich aus zwei Richtungen:

- Situationsanalyse und Darstellung des Ist-Zustandes im Wohnungsmarkt und Bevölkerungs- bzw. Haushaltsstruktur sowie Definition von Wohnsegmenten;
- Analyse der vorhandenen rechtlichen Rahmenbedingungen und Instrumente im Wohnungswesen.

Ziel der Situationsanalyse im Wohnungsmarkt ist die Beschreibung des Status Quo bzw. die Entwicklung von Wohnsegmenten, die unter Anwendung des Schichten- und Milieumodells aus vorhandenen Daten (Mikrozensus, Wohnwunschstudien etc.) abgeleitet werden. Gemäß der einzunehmenden Gender-Perspektive wird hier insbesondere Wert zu legen sein auf das Geschlechterverhältnis. Im Laufe der Bearbeitung wird sich u. a. zeigen, inwieweit die statistische Datenlage genügend Informationen liefert.

Die systematische Zusammenstellung der einschlägigen rechtlichen Rahmenbedingungen bildet den Rahmen für die auf dem Wohnungsmarkt wirksamen Instrumente, die von den Akteuren in Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft in Anspruch genommen werden und den verschiedenen Zielgruppen in unterschiedlicher Weise zugute kommen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und Instrumente werden einer ersten Gender-Analyse (SMART<sup>2</sup>) unterzogen. Dabei werden grundsätzlich zwei Kernfragen beantwortet:

- An welche Zielgruppen richtet sich eine bestimmte Maßnahme?
- Gibt es Unterschiede zwischen Frauen und Männern in dem jeweiligen Politikbereich bezüglich Rechten, Ressourcen etc.?

Hieraus werden sich nicht nur Genderrelevanzen und die ggf. unterschiedliche Berücksichtigung von

(1)  
Beispiel: Als Themenfeld wird die Wohneigentumsbildung identifiziert und analysiert: Es stellt sich heraus, dass Frauen weniger Eigentum bilden. Dann wäre zu untersuchen, über welche konkreten Handlungsfelder die öffentliche Verwaltung Einfluss auf die Bildung von Wohneigentum nimmt bzw. nehmen kann: z. B. Handlungsfeld Zuwendungen – Eigenheimzulage- oder Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit – Zugang zu öffentlichen Informationen über staatliche Förderungsmöglichkeiten.

(2)  
Die SMART-Methode (simple method to assess the relevance of policies to gender) wurde auf Betreiben der EU-Kommission als selbständiges Instrument zur Bewertung der geschlechterbezogenen Relevanz von politischen Maßnahmen aus dem in den Niederlanden entwickelten Gender Impact Assessment abgeleitet

Nähere Informationen zum ExWoSt-Vorhaben „Gender Mainstreaming im Wohnungswesen“ demnächst auf der Internetseite [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) unter Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

Frauen und Männern durch die verschiedenen Instrumente ergeben, sondern sich z.B. auch Hinweise ableiten lassen, wo wohnungspolitische Einflussmöglichkeiten auf den verschiedenen Ebenen liegen bzw. wo solche weitgehender genutzt bzw. ausgeschöpft werden könnten.

Bei den weiteren Arbeitsschritten werden weitere GM-Methoden zur Anwendung kommen, so insbesondere die 4-R-Methode und das 6-Schritte-Modell nach Karin Tondorf. Bei der Abgrenzung der wohnungspolitischen Themen- und Handlungsfelder wird Wert gelegt auf eine Auslegung, die nicht gängigen Mustern wohnungspolitischer und -wirtschaftlicher Einteilungen folgt, wie etwa Eigentumsbildung, Wohnraumversorgung, bautechnische oder energiepolitische Kategorien etc. Vielmehr geht es darum, dem Gender-Ansatz bereits in diesem Stadium des Vorhabens Rechnung zu tragen, indem die Themen- und Handlungsfelder nach ihrer Brisanz bzw. nach den mittelfristig zu erwartenden Problemlagen im Hinblick auf Wohnungsmarkt und Bevölkerungsentwicklung (Stichwort: demographischer Wandel) bestimmt werden. Im Sinne des Nachhaltigkeitsgebotes wird ferner darauf geachtet, dass alle drei Perspektiven – ökonomische, ökologische wie soziale Gerechtigkeit – gleichermaßen einbezogen werden. Grundsätzlich geht es bei der Identifizierung der Themen- und Handlungsfelder darum, das weite Feld im Wohnungswesen möglichst vollstän-

dig zu erfassen. Dabei soll sowohl die gebaute (technisch-ökologische bzw. ökonomische) wie auch die soziale (sozioökonomische, bedürfnisbezogene) Dimension des Wohnens ihren Niederschlag finden.

Die wohnungspolitischen Themen- und Handlungsfelder werden zurzeit in einem diskursiven Prozess mit dem Auftraggeber herausgearbeitet. Um im Bereich der identifizierten wohnungspolitischen Themen- und Handlungsfelder eine geschlechtergerechte Versorgung, Steuerung und nachhaltige Entwicklung des Wohnungsmarktes und seiner Teilmärkte vornehmen zu können, sind im nächsten Schritt die jeweiligen Genderrelevanzen zu bestimmen. Die identifizierten Themen- und Handlungsfelder sowie insbesondere deren Genderrelevanz werden im Rahmen eines ersten ExpertInnenworkshops, an dem VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Unternehmen teilnehmen werden, diskutiert.

Die Projektbearbeitung wird unterstützt von zwei KooperationspartnerInnen – Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen (vdw e.V.) und Schader-Stiftung, Darmstadt. Die beiden Institutionen unterstützen, verbreiten und beraten; das Know-how beider PartnerInnen fließt kontinuierlich in das Projekt ein. Gleichzeitig fungieren sie als VermittlerInnen zwischen Theorie und Praxis.

## Literaturhinweise und Links

### Literaturhinweise

Bergmann, Nadja; Gubitzer, Luise; Klatzer, Elisabeth; Klawatsch-Treitl, Eva; Neumayr, Michaela: Gender Budgeting. Handbuch zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetgestaltung. – Wien 2004

von Braun, Christina; Stephan, Inge: Gender Studien – eine Einführung. – Stuttgart u. a. 2000

Blickhäuser, Angelika: Beispiele zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie und Gender Mainstreaming in Organisationen, Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) Nr. 3. – Berlin 2002

Burbach, Christiane; Schlottau, Heike (Hrsg.): Abenteuer Fairness – ein Arbeitsbuch zum Gender Training. – Göttingen 2001

Die Bundesregierung: Gender Mainstreaming. Was ist das? – Berlin 2003 (Broschüre)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Städtebau und Gender Mainstreaming, Werkstatt: Praxis Nr. 4/2003. – Bonn 2003  
Langfassung im Internet:  
[http://www.bbr.bund.de/exwost/forschungsfelder/ff\\_index.html?exwost/forschungsfelder/029\\_themen.html](http://www.bbr.bund.de/exwost/forschungsfelder/ff_index.html?exwost/forschungsfelder/029_themen.html) u. a. mit ausführlicher Literaturliste: [http://www.bbr.bund.de/exwost/pdf-files/gm\\_literatur.pdf](http://www.bbr.bund.de/exwost/pdf-files/gm_literatur.pdf)

Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): Gender-Mainstreaming. Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung. – Düsseldorf 2004  
(<http://www.verbraucherministerium.de/broschueren/gender.pdf>)

Deutscher Städtetag: Gender Mainstreaming – Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen, Arbeitshilfe des Deutschen Städtetags. Im Internet: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gend\\_main/GM-Arbeitshilfe.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/gend_main/GM-Arbeitshilfe.pdf)

Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München: Planen für Frauen und Männer in der Stadt – Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie in der räumlichen Planung. – München 2003

Grüger, Christine: Nachhaltige Raumentwicklung und Gender Planning; das Beispiel der Regionalplanung beim Verband Region Stuttgart, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Nr. 104, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung. – Dortmund 2000

Hofmann, Isolde u. a.: Gender Mainstreaming in Sachsen-Anhalt: Konzepte und Erfahrungen, herausgegeben im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. – Opladen 2003

Holland-Letz, Sabine: Wie wird Gender Mainstreaming in den Kommunen umgesetzt? Umfrage des Deutschen Städtetages. In: der städtetag 4, 2003, S. 36–38

Imboden, Monika (Hrsg.): Stadt – Raum – Geschlecht: Beiträge zur Erforschung urbaner Lebensräume im 19. und 20. Jahrhundert. – Zürich 1999

Kreisky, Eva (Hrsg.): EU. Geschlecht. Staat. – Wien 2001

Land Salzburg, Büro für Frauenfragen und Gleichbehandlung (Hrsg.): Wir planen für Männer und Frauen, Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung, Tagungsdokumentation. – Salzburg 2002

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW: Gemeinsam planen, nachbarschaftlich wohnen. Perspektiven sozialer Wohnungspolitik für Frauen und Familien in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation einer Fachtagung am 29.11.1999 in Gelsenkirchen. – Düsseldorf 2000

Müller-Andreas, Heide; Heipcke, C.: ORTSveränderungen? Perspektiven weiblicher Partizipation und Raumaaneignung. Tagungsband. – Königstein/Ts. 1999

- Gleichstellungsstelle für Frauen der Stadt München (Hrsg.): Planen für Frauen und Männer in der Stadt – Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie in der räumlichen Planung. Dokumentation der Fachtagung der Landeshauptstadt München und des Deutschen Städte- tages zum 10-jährigen Bestehen der Fachkommission „Frauen in der Stadt“. – München 2003
- Österreichische Raumordnungs- konferenz: EU-Regionalpolitik und Gender Mainstreaming in Österreich – Anwendung und Entwicklungsansätze im Rahmen der regionalen Ziel- programme. – Wien 2004  
(Kurzfassung [http://www.oerok.gv.at/Publikationen/schriftenreihe/schriftenreihe165\\_kurzfassung\\_de.pdf](http://www.oerok.gv.at/Publikationen/schriftenreihe/schriftenreihe165_kurzfassung_de.pdf))
- PlanerIn Heft 3/2004 mit dem Schwerpunktthema „Der andere Blick – Gender Mainstreaming in der Planung“
- Schmatzberger, A.; Reidl, L.: Gender Mainstreaming in der Stadtplanung, Werkstattbericht Nr. 50 (Publikation der Stadtplanung Wien). – Wien 2002
- RaumPlanung 102 vom Juni 2002 mit dem Schwerpunktthema: „Gender Planning: Erfahrungen in Europa“
- Stepanek, Brigitte; Krull, Petra: Gleichstellung und Gender Mainstreaming – ein Handbuch, 3. Auflage. – Schwerin 2003
- Stiefel, Elisabeth: Stadt der Männer? Stadt der Frauen – Stadt für alle. Arbeitspapier (Hans-Böckler-Stif- tung) Nr. 60. – Düsseldorf 2002
- Stadtentwicklung Stadt Wien: Gen- der Mainstreaming in der Stadtpla- nung, Werkstattberichte Nr. 50. – Wien 2002
- Stiegler, Barbara: Frauen im Main- streaming – politische Strategien und Theorien zur Geschlechterfrage, Electronic ed. – Bonn, 1999
- Terlinden, Ulla; Dörhöfer, Kerstin: Verortungen. Geschlechterverhält- nisse und Raumstrukturen. – Basel 1998
- Thabe, Sabine (Hrsg.): Riskante Si- cherheiten: Von gefährlichen Orten und sicheren Räumen. Raum und Si- cherheit. IRPUD Blaue Reihe. – Dort- mund 2000
- Wotha, Brigitte: Gender Planning und Verwaltungshandeln. Umset- zung von Gender Belangen in räumli- che Planung- unter Berücksichtigung von Verwaltungsmodernisierung und neuerer Tendenzen im Pla- nungsbereich. – Kiel 2000
- Zibell, Barbara; Schröder, Anke: Auf den zweiten Blick – Städtebauliche Frauenprojekte im Vergleich, Hanno- ver 2002.  
Im Internet: <http://edok01.tib.uni-hannover.de/edoks/e01mr01/337953996.pdf>

**Links**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Gender Mainstreaming im Städtebau

[http://www.bbr.bund.de/exwost/forschungsfelder/ff\\_index.html](http://www.bbr.bund.de/exwost/forschungsfelder/ff_index.html)

Die Bundesregierung

<http://www.bundesregierung.de/Politikthemen/-,4616/Gleichstellungspolitik.htm>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Gleichstellung/gender-mainstreaming.html>  
[www.gender-mainstreaming.net](http://www.gender-mainstreaming.net)

Genanet: Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit  
[www.genanet.de](http://www.genanet.de)

Bundeszentrale für politische Bildung

[http://www.bpb.de/themen/43HFGV,0,0,Gender\\_Mainstreaming.html](http://www.bpb.de/themen/43HFGV,0,0,Gender_Mainstreaming.html)

Europäische Kommission

[www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ\\_opp/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/index_de.htm)

GenderKompetenzZentrum an der Humboldt-Universität zu Berlin

[www.genderkompetenz.info/index.php](http://www.genderkompetenz.info/index.php)

Technische Universität Hamburg Harburg

<http://www.tu-harburg.de/b/kuehn/>

Koordinationsstelle für Gender Mainstreaming im ESF, Wien

[www.gem.or.at/de/index.htm](http://www.gem.or.at/de/index.htm)

Dokumentation eines Workshops der Metropolregion Hamburg u.a. zum Thema: „Gender planning oder der andere Blick in der räumlichen Planung“

[www.raum-energie.de/Home/MetropolregionHamburg/WorkshopGenderMainstreaming/](http://www.raum-energie.de/Home/MetropolregionHamburg/WorkshopGenderMainstreaming/)

Materialsammlung zur SRL-Jahrestagung „Der andere Blick. Praxis von Gender Mainstreaming in der räumlichen Planung“ vom 5. bis 7. Nov. 2004 in Hannover

<http://www.srl.de/aktuelles/nachricht.php?id=221>

Europäischer Leitfaden zur Bewertung geschlechtsspezifischer Auswirkungen

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ\\_opp/gender/gender\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gender/gender_de.pdf)

**Begleitforschung**

Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

Eckhard Bergmann  
Referat I5 – Verkehr und Umwelt  
Tel: + 49 (0) 1888.401-23 40  
eckhard.bergmann@bbr.bund.de

Dr. Brigitte Adam  
Referat I2 – Stadtentwicklung  
und Bodenmarkt  
Tel: + 49 (0) 1888.401-23 25  
brigitte.adam@bbr.bund.de

Das Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung ist eine Bundesober-  
behörde im Geschäftsbereich des  
Bundesministeriums für Verkehr,  
Bau- und Wohnungswesen  
(BMVBW).

**Forschungsassistentz**

Das Projekt-Team besteht aus  
Mitarbeiterinnen des Deutschen  
Instituts für Urbanistik sowie zweier  
Planungsbüros:

Deutsches Institut für Urbanistik  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Dr. Stephanie Bock  
Tel: +49 (0)30.3 90 01-189  
E-Mail: bock@difu.de

Ulrike Meyer

Tel: +49 (0)30.3 90 01-270  
E-Mail: meyer@difu.de

Franciska Frölich

Tel: +49 (0)30.3 90 01-245  
E-Mail: froelich@difu.de

Büro für integrierte Planung Berlin  
Marienburger Allee 20  
14055 Berlin

Uta Bauer

Tel: +49 (0)30.3 01 00-941  
E-Mail: b\_i\_pberlin@t-online.de

planungsgruppe Vor Ort  
Am Neuen Markt 19  
28199 Bremen

Heike Wohltmann

Tel: +49 (0)421.50 62 48  
E-Mail: Wohltmann  
@planungsgruppe-vor-ort.de

**Herausgeber, Herstellung,  
Selbstverlag und Vertrieb**

Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung

**Schriftleitung**

Prof. Dr. Wendelin Strubelt  
Dr. Hans-Peter Gatzweiler  
Dr. Robert Kaltenbrunner

**Bearbeitung**

Dr. Brigitte Adam (Redaktion)  
Uta Bauer  
Dr. Stephanie Bock  
Franciska Frölich  
Ulrike Meyer  
Heike Wohltmann  
Eckhard Bergmann

**Gestaltung, Satz und Druck**

Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung, Bonn

**Bildnachweis**

Abbildungen von den Autoren der  
Beiträge

**Zitierweise**

Bundesamt für Bauwesen und  
Raumordnung (Hrsg.),  
ExWoSt-Informationen „Gender  
Mainstreaming im Städtebau“,  
26/2 – 05/2005

Nachdruck nur mit genauer Quellen-  
angabe gestattet. Es wird um Zusen-  
dung von zwei Belegexemplaren  
gebeten.

**Alle Rechte vorbehalten**

© BBR Bonn 2005